

***Für Freiheit und Sicherheit
durch einen starken Staat***

***Beschluss des Bundesvorstands der CDU
Deutschlands anlässlich der Klausurtagung
am 13./14. Januar 2017 in Perl-Nennig***

CDU

Für Freiheit und Sicherheit durch einen starken Staat

Jeder Mensch hat ein Recht auf Sicherheit. Nur wer sicher ist, kann in Freiheit leben. Deshalb ist es die oberste Pflicht unseres Staates, die Menschen in Deutschland zu schützen und Sicherheit in Freiheit zu gewährleisten. In diesen Zeiten großer Herausforderungen tun wir alles Menschenmögliche dafür, dass unser Staat ein starker Staat ist. Die CDU ist und bleibt die Partei der Inneren Sicherheit.

Der islamistische Terrorismus fordert uns alle heraus. Die Bedrohungslage ist unverändert hoch. Der menschenverachtende Anschlag auf den Weihnachtsmarkt in Berlin hat uns dies auf furchtbare Weise vor Augen geführt. Dieser hasserfüllten Welt des Terrorismus setzen wir Menschenwürde, Freiheit, Demokratie und unseren wehrhaften Rechtsstaat entgegen.

Die Verteidigung dieser Werte und unserer Art zu leben verlangt Geschlossenheit und Entschlossenheit. Terror ist ein Verbrechen gegen die Menschlichkeit. Deshalb muss Deutschland Gefährder und Terroristen auf allen Ebenen bekämpfen.

Terrorismus entschieden bekämpfen und unsere offene Gesellschaft verteidigen, das sind zwei Seiten derselben Medaille. Deutschland ist ein tolerantes und weltoffenes Land. Doch Toleranz und Weltoffenheit darf niemand als Schwäche missverstehen. Wer unsere Werte angreift, wer Hass und Zwietracht sät, wer unsere Freiheit verachtet, wird keinen Erfolg haben!

Deshalb begrüßen wir die Leitlinien unseres Bundesinnenministers für einen starken Staat in schwierigen Zeiten, wie etwa die Vorschläge zu einer Erhöhung der Inneren Sicherheit, der Sicherheit im Cyberbereich und zur verstärkten Zusammenarbeit auf europäischer Ebene sowie zu einer nationalen Kraftanstrengung zur Rückkehr der Ausreisepflichtigen – auch mit Unterstützung durch die Wirtschafts- und Entwicklungspolitik sowie durch die Außenpolitik, insbesondere im Visabereich und bei Abschiebungen.

Wir werden es nicht hinnehmen, dass sich gewaltbereite Islamisten in unserem Land frei bewegen. Zur Abschiebung von vollziehbar ausreisepflichtigen Gefährdern brauchen wir eine gemeinsame Anstrengung von Bund und Ländern. SPD, Grüne und Linke im Bundes-

rat müssen den Weg für die Anerkennung von Tunesien, Marokko und Algerien als sichere Herkunftsstaaten endlich frei machen. Dies würde die Verfahren beschleunigen, brächte eine verschärfte Residenz- und Meldepflicht für Asylbewerber aus den betroffenen Staaten mit sich und würde in der Folge die Zugangszahlen aus Nordafrika senken. Nur die Union gibt diese notwendigen Antworten des Rechtsstaats auf die gegenwärtig erhöhte Bedrohungslage.

Mehrere Maßnahmen konnte die CDU durchsetzen: Eine schärfere Überwachung für Gefährder mit Hilfe einer elektronischen Fußfessel und erleichterte Voraussetzungen für die Abschiebehaft, damit gefährliche Ausreisepflichtige unser Land schnellstmöglich wieder verlassen. Zusätzlich wollen wir, dass die Sympathiewerbung für kriminelle und terroristische Vereinigungen wieder unter Strafe gestellt wird.

Wir wollen, dass die Menschen in unserem Land auch künftig frei und sicher leben können. An diesem Ziel orientieren sich all unsere Überlegungen, wie wir die Sicherheitsbehörden noch besser in die Lage versetzen, auf die neuen Herausforderungen zu reagieren. Wir stehen zur bundesstaatlichen Ordnung unseres Landes. Allerdings darf diese nicht dazu führen, dass es in Deutschland Zonen unterschiedlicher Sicherheit gibt. Überall in Deutschland haben die Menschen das Recht, so sicher zu leben wie in einem unionsregierten Land. Daher sollen alle Landespolizeien über die gleichen Befugnisse zur Gefahrenabwehr verfügen. Die bisherige Sicherheitsarchitektur wollen wir an die neuen Herausforderungen anpassen und modernisieren. Die CDU steht für eine effektive und leistungsstarke Aufgabenverteilung zwischen Bund und Ländern.

Hierüber werden wir mit unseren Innenpolitikern in Bund und Ländern in die Diskussion eintreten, damit unsere Vorstellungen nachhaltig, zielgerichtet und ohne Denkverbote umgesetzt werden können.

In Zeiten hochmobiler Gefährder und grenzübergreifender Organisierter Kriminalität fordern wir, dass auch in Bremen, Berlin und Nordrhein-Westfalen die Schleierfahndung ermöglicht wird. Außerdem wollen wir Schleierfahndung für die Bundespolizei über den 30-Kilometer-Grenzraum hinaus ausdehnen.

Die von unserer Polizei überführten Täter müssen von der Justiz hart und gerecht bestraft werden. Sicherheit beginnt an der Haustür. Deshalb gilt es, die Einbruchskriminalität zu bekämpfen. Wo Rot-Grün regiert, steht die Sicherheit auf dem Spiel. Mehr als 37 Prozent aller Wohnungseinbrüche in Deutschland wurden 2015 in Nordrhein-Westfalen verübt, obwohl Nordrhein-Westfalen nur 22 Prozent der Einwohner Deutschlands hat. Wir treten dafür ein, dass die Täter mit einer Freiheitsstrafe von mindestens einem Jahr bestraft werden.

Wir können nicht nachvollziehen, dass etwa im rot-rot-grün regierten Berlin und im rot-grün regierten Nordrhein-Westfalen der verstärkte Einsatz intelligenter Videotechnik aus ideologischen Gründen abgelehnt wird. Deren positive Wirkung bei der Aufklärung terroristischer Taten oder anderer Straftaten ist unbestritten. Die CDU wendet sich gegen einen überzogenen, nicht zeitgemäßen Datenschutz. Datenschutz muss heute anders aussehen als im Lochkartenzeitalter. Dies gilt auch für den Sicherheitsbereich. Opferschutz, nicht der Täterschutz steht für die Union an erster Stelle. Wir stellen sicher, dass Opfer von Gewalt angemessen entschädigt werden.

Darüber hinaus ist es wichtig, dass auch die Europäische Union die richtigen Maßnahmen ergreift, um die Sicherheit ihrer Bürger zu verbessern. Dazu gehören weitere Schritte hin zu einer Sicherheitsunion sowie die Weiterentwicklung des Gemeinsamen Europäischen Asylsystems. Die EU-Staaten müssen ihren Datenaustausch optimieren. Die bisher getrennten Datentöpfe EURODAC, Visa-Informationssystem, Schengen-Informationssystem und INPOL müssen so verknüpft werden, dass die Polizei- und Sicherheitsbehörden durch eine Nachfrage alle zur Verfügung stehenden Informationen abfragen können. Wir brauchen so schnell wie möglich ein europäisches Ein- und Ausreiseregister und ein Registrierungssystem für nicht visapflichtige Einreisende nach US-Vorbild. Wir brauchen zudem treffendere Kriterien für sichere Drittstaaten, in die Flüchtlinge zurückgeschickt werden können. Und wir brauchen Abkommen auf der Grundlage der Leitlinien des EU-Abkommens mit der Türkei auch mit anderen Staaten und müssen weiter vorankommen bei der gemeinsamen Sicherung der EU-Außengrenzen.